

16.7.2018

Sehr geehrte Frau Landesrätin, sehr geehrter Herr Pressesprecher Thumpser,

Die heutige APA Aussendung (https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20180716_OTS0073/koenigsberger-ludwig-jedes-kind-hat-das-recht-auf-gleichen-schutz) stimmt sehr verwunderlich, denn die Stellungnahme des Amtes der NÖ Landesregierung sagt etwas komplett anderes. Bitte nach zu lesen bei den Stellungnahmen zu dem Vorschlag der Verfassungsänderung auf der Parlamentsseite.

Da ich davon ausgehe, dass Frau Königsberger - Ludwig für die Kinder- und Jugendhilfe ressortzuständig ist, verwundert es sehr, dass der Verfassungsdienst des Landes NÖ eine absolut konträre Meinung zu dieser Veränderung der Jugendhilfe aufweist als die Frau Landesrätin.

Der Österreichische Berufsverband der Sozialen Arbeit hat sich, so wie zahlreiche andere Organisationen der Kinder- und Jugendhilfe, aus fachlichen, wissenschaftlichen und professionellen Gründen gegen eine Kompetenzverschiebung an die einzelnen Bundesländer ausgesprochen.

Ein Stellungnahme zu dieser sich widersprechenden Situation würde seitens des obds sehr begrüsst!

Mit freundlichen Grüßen

für den Vorstand

Maria Moritz DSA

Anhänge:

Stellungnahme LRG-NÖ

https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/SNME/SNME_01336/imfname_703829.pdf

Stellungnahme obds:

https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/SNME/SNME_01298/imfname_699876.pdf



Maria Moritz DSA
obds - Vorstand Österreich
Email: maria.moritz@chello.at